AG - Protest - Tage vom 19.März bis 21.März 2024!

Für eine auskömmliche Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit in Frankfurt am Main!

Macht ALLE mit! Seid Laut und Sichtbar für Kinder und Jugendliche - für unser ALLER Zukunft!

Appell des Jugendhilfeausschusses zur Zukunft der Kinder- und Jugendhilfe

Beschluss des JHA am 29.01.2024

Der Jugendhilfeausschuss appelliert an die Stadtverordnetenversammlung und den Magistrat, einen nachhaltigen Paradigmenwechsel in der Kinder- und Jugendhilfe einzuleiten, wie er auch im Koalitionsvertrag formuliert ist, und die Haushaltsmittel im durch den JHA verantworteten Bereich der präventiven Kinder- und Jugendhilfe ab dem Jahr 2024 um zusätzliche 26 Millionen Euro dauerhaft zu erhöhen. Der Finanzierung der Institutionen und Projekte, die Kinder und Jugendliche unterstützen und fördern, muss Priorität eingeräumt werden. Die präventive Kinder- und Jugendhilfe steht früh und unmittelbar im Kontakt mit gefährdeten Zielgruppen. Dadurch kann sie unerwünschte Entwicklungen abwenden. Ein Sparen bei der Förderung und Unterstützung junger Menschen zieht ungleich höhere Folgekosten, u.a. bei späteren Transferleistungen im sozialen Bereich, nach sich und gefährdet den sozialen Frieden in der Stadt.

Der Jugendhilfeausschuss hatte im Januar 2022 ein Statement bzgl. der angekündigten Haushaltskürzungen abgegeben. Er forderte damals den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung auf, keine Kürzungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe vorzunehmen und die Investitionen in die Kinder- und Jugendhilfe den aktuellen Bedarfen entsprechend zu sichern. Dieser Appell hatte die positive Konsequenz, dass das Jugendhilfe-Budget nicht gekürzt wurde. Verschiedene dringende Bedarfe innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe konnten damit jedoch nicht erfüllt werden.

Mittlerweile hat sich die Situation der Kinder- und Jugendhilfe aufgrund weiterhin gestiegener Bedarfe, der Tarifsteigerungen und der Inflation in kritischer Weise verschärft. Um den fachlichen Standard halten zu können, müssen zusätzliche Mittel in Höhe von 26 Millionen Euro in den Haushalt dauerhaft eingestellt werden. Im Koalitionsvertrag 2021-26 hatte sich die Koalition die Bildungs-, Teilhabe- und Aufstiegschancen für ALLE vorgenommen. Konkrete im Vertrag formulierte Ziele im Bereich der Kinder und Jugendliche sind u.a. die Verbesserung der Chancengerechtigkeit in der Bildung, der Ausbau der Jugendhilfeangebote in den Schulen, der Ausbau von Jugendfreizeiteinrichtungen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit.

Begründung:

Junge Menschen stehen heute unter einer extremen Belastung. Die starke Isolation junger Menschen während der Corona-Pandemie hat ihre kognitive, emotionale und körperliche Entwicklung beeinträchtigt[1]. Zu den Folgen der Pandemie gehört ebenfalls, dass die Unsicherheit junger Menschen im Umgang mit anderen zugenommen hat und das soziale Miteinander weiterhin beeinträchtigt ist[2].

Elementare Armut hat in den letzten Jahren zugenommen. Die Anzahl der Kinder und Jugendlichen, die hungrig in Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen kommen, werden mehr, ein Mangel an ausreichender Versorgung für ein gesundes Aufwachsen tritt bei immer mehr Familien zutage.

Derzeit kommen weitere Belastungen dazu, die bei jungen Menschen stärkere Auswirkungen haben als bei Erwachsenen: die besorgniserregende Entwicklung des Klimas, die Kriege in der Ukraine und in Israel/ Gaza. Viele Sicherheiten, auf die sich junge Menschen bisher während ihres Aufwachsens verlassen konnten, sind weggebrochen. Die Flut an (Des-) Informationen über Social Media verunsichern und beängstigen zusätzlich. Die Nöte und Sorgen der jungen Menschen können innerhalb der Familien immer weniger aufgefangen werden.

Weiterhin gibt es bei jungen Menschen eine hohe Frustration bzgl. ihres Rechts auf Beteiligung und Mitbestimmung. Sie haben den Eindruck, sie werden von den politischen Verantwortlichen mit ihren Kompetenzen und Anliegen nicht gehört[3].

Die Konsequenzen daraus sind:

- Ein starkes Gefühl der Einsamkeit[4] und der Resignation;
- Eine Zunahme an psychischen Erkrankungen[5];
- Abfallen der schulischen Leistungen;
- Eine Abnahme der Identifikation mit Gesellschaft: es gibt weniger Motivation, eine gute berufliche Ausbildung anzustreben; die Wahlbeteiligung sinkt, die Affinität zu autoritären Einstellungen nimmt zu.
- Kinder und Jugendliche, die sich von Menschen mit rechter Einstellung bedroht sehen.

Dies alles sind Gegebenheiten, die dringend Handlungsbedarf fordern, da die gesellschaftlichen Kosten dieser Entwicklung enorm sind:

- Wir beobachten eine starke Abnahme an Solidarität innerhalb der Gesellschaft und eine Zunahme an sozialer Spaltung.
- Antidemokratische Einstellungen nehmen in besorgniserregendem Maß zu, auch bei jungen Menschen.
- Der soziale Frieden ist gefährdet.
- Wir steuern auf einen noch größeren Fachkräftemangel zu.

Die Angebote der Jugendhilfe innerhalb und außerhalb von Schule sind fachlich in der Lage, auf diese Bedarfe einzugehen und Kinder und Jugendliche leistungsfähig für unsere Gesellschaft zu machen: Kinder und Jugendliche können unterstützt und empowert werden; Defizite können ausgeglichen, Begabungen gefördert und somit mehr Chancengerechtigkeit hergestellt werden; Auswirkungen von Armut können aufgefangen werden. Es können Räume und Settings angeboten werden, um Teilhabe zu ermöglichen, demokratische Einstellungen zu entwickeln und einzuüben.

Die Akteure in der Kinder- und Jugendhilfe – in den Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, den Jugendverbänden, der Jugendhilfe in der Schule, den Kinder- und Familienzentren, den Erziehungsberatungsstellen u.a. – gehen auf diese Bedarfe ein. Es kam im Verlauf der letzten Jahre zu immer mehr Schließungen und Angebotskürzungen aufgrund von Geld- und Personalmangel.

Es ist bekannt, dass eine gute Investition in junge Menschen die beste Vorbeugung ist. Sie beugt selbst- und fremdzerstörendem Verhalten vor und fördert das aktive Mitgestalten am Gemeinwesen. Je früher junge Menschen in ihren kognitiven, sprachlichen, sozialen und persönlichen Fähigkeiten gestärkt und gefördert werden, desto eher entwickeln sie die nötige Selbstkompetenz und Resilienz, um später einem Beruf nachzugehen und ein produktiver Teil des demokratischen Gemeinwesens zu sein. Das alles ist mit einer Fortführung des derzeitigen Jugendhilfe- und Bildungsetats nicht umzusetzen, da mit den bereitgestellten Zuschussmitteln nicht genügend bedarfsgerechte Angebote vorgehalten werden können.

Auflistung der zusätzlichen Bedarfe nach Bereichen:

Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) und aufsuchende Arbeit	18.331.452 €	Finanzierung der Einrichtungen nach dem neu entwickelten Finanzrahmen. Er bezieht sich auf die VZÄ* in der OKJA und aufsuchenden Arbeit von 2012, ein zusätzlicher Bedarf aufgrund der wachsenden Stadt ist darin nicht berücksichtigt.
Jugendverbandsarbeit	425.000 €	gemeldeter Mehrbedarf der 26 Jugend-verbände im FJR für 2024 (Gruppenstunden, Ferienfreizeiten, Demokratiebildung, Qualifizierung, Förderung Ehrenamt)
Pädagogischer Mittagstisch	405.000 €	Antrag des JHA vom 18.12.2023
Förderung der Ausbildung von Praktikant*-innen in der OKJA	450.000 €	Antrag des JHA vom 18.12.2023
Betreuung und Bewerbung des Ferienportals „Frankfurt macht Ferien“	21.000 €	Antrag des JHA vom 18.12.2023
Jugendhilfe in der Schule	907.549 €	Anpassung des Zuschusses an die Kostensteigerungen
Jugendhilfe in der Grundschule	3.799.844 €	Erhöhung des Personals von 1 VZÄ pro Schule (statt 0,5 VZÄ), Anpassung an die Kostensteigerungen
Jugendhilfe in der Förderschule	223.067 €	Erweiterung des Personals um 2 VZÄ auf 6,75 VZÄ, Anpassung des Zuschusses an die Kostensteigerungen
Jugendhilfe Gymnasialzweig KGS (Kooperative Gesamtschule)	272.538 €	Ausstattung der Jugendhilfe in der KGS mit jeweils einem zusätzlichen VZÄ zur Betreuung der Gymnasialschüler*innen
Erziehungsberatung	802.500 €	Benötigter Zuschuss, um die Ausstattung der Einrichtungen auf den vorgesehenen Standard zu bringen.
Gesamt	**25.637.950 €**	

*VZÄ = Vollzeitäquivalent

PETITION - Deine Unterschrift zählt!

Weitere Infos auf Instagram -

[1] Sabine Andresen u.a.: JuCo I & JuCo II – Studie; Hildesheim 2020.
[2] Sabine Andresen u.a.: JuCo IV - Studie; Hildesheim 2023.
[3] Ebd.
[4] S. Studie des Progressiven Zentrums: „Extrem einsam? Eine Studie zur demokratischen Relevanz von Einsamkeitserfahrungen unter Jugendlichen in Deutschland“ (Prof. Dr. Claudia Neu, Prof. Dr. Beate Küpper, Prof. Dr. Maike Luhmann, Michelle Deutsch, Paulina Fröhlich).
[5] https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/147312/Psychische-Erkrankungen-bei-Jugendlichen-weiter-hoch